

## Niederschrift

über die 1. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport und des Jugendhilfeausschusses am 07.02.2017  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Bericht über das Projekt Busschule</b> .....	5
<b>3 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB2/0564/2017</b> .....	5
<b>3.1 Antrag der Fraktionen CDU/Die Grünen zu TOP 3</b> .....	10
<b>4 Anträge</b> .....	10
<b>5 Anfragen</b> .....	10
<b>6 Verschiedenes</b> .....	11

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Anwesend:

**von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Max Pricken	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Gröters
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	

**von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Michael Billen	Ratsmitglied	
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Kaden
Frau Christa Kohn	Sachkundige Bürgerin	

**von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Jörgens
Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Dario Dammer	Sachkundiger Bürger
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Frau Barbara Blättermann	Sachkundige Bürgerin
--------------------------	----------------------

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Christian Jeckel	Sachkundiger Bürger
-----------------------	---------------------

**Beratende Mitglieder Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Karl-Heinz Rütten	Stadtsportverband
Frau Antje Schwarzburger	Schulpflegschaft
Frau Monika von Knobelsdorff-Brenkenhoff	Katholische Kirchengemeinden
Herr Burkhard Wahner	Vertreter der Schulen
Frau Anne Weddeling-Wolff	Vertreter der Schulen

**von der Verwaltung**

Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Herr Stephan Benninghoven	Fachbereich 3
Herr Detlef Krügel	Bereichsleiter Fachbereich 3
Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Frau Susanne Rieth	Fachbereich 2
Frau Angela Römmler-Graf	Fachbereich 2
Frau Birgit Smitmans	Fachbereich 2
Herr Holger Wegmann	Fachbereich 3

**von der CDU-Fraktion - Jugendhilfeausschuss**

Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion - Jugendhilfeausschuss**

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
----------------------	--------------

**von der SPD-Fraktion - Jugendhilfeausschuss**

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Jugendhilfeausschuss**

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
-------------------	--------------

**von der UWG-Fraktion - Jugendhilfeausschuss**

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

**Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind**

Frau Brigitte Scheer	Freie Vereinigungen
----------------------	---------------------

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Herr Christian Bößen	Förderkreis Lanker Pfadfinder e.V.
Frau Sigrid Brennecke	Evangelische Kirchengemeinde
Frau Elisabeth Funke	OBV Meerbusch e.V.
Herr Daniel Marzinik	Jugendfeuerwehr Meerbusch

**Beratende Mitglieder Jugendhilfeausschuss**

Herr Erik Jörg	Polizeibehörde	Vertretung für Herrn Engel
Frau Martina Ketzner	Evangelische Kirchengemeinde	
Frau Julia Lehmann	Katholische Kirchengemeinden	
Herr Markus Schmidt	Jugendamtselternbeirat	

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Frau Angela Gröters	Ratsmitglied
---------------------	--------------

**von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

**von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport**

Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
--------------------	--------------

**Beratende Mitglieder Ausschuss für Schule und Sport**

Frau Birgit Hellmanns	Katholische Kirchengemeinde
Herr Wilfried Pahlke	Evangelische Kirchengemeinde

**In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen**

Frau Monika Driesel

Sachkundige Bürgerin

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Herr Markus Lange

BDKJ

**Beratende Mitglieder Jugendhilfeausschuss**

Herr Frank Bachmann

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

Herr Stephan Engel

Polizeibehörde

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Frau Katja Schulz

Ratsmitglied

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Ratsfrau Schoppe auch im Namen der Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Sport, Ratsfrau Kox die Anwesenden, insbesondere Frau Porreo und Herrn Hogenkamp von der Polizei des Rhein-Kreises Neuss sowie Frau Baumann von der Rheinbahn und stellt die form- und fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse fest. Sonstige Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Anschließend wird Frau Brigitte Scheer als ordentliches Ausschussmitglied in ihr Amt eingeführt und mit Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen.

### **2 Bericht über das Projekt Busschule**

StVD Krügel berichtet anhand einer PowerPoint Präsentation (Anm. des Schriftführers: der Niederschrift beigelegt) über das Projekt Busschule. Er betont als Besonderheit die erfolgreiche Kooperation von Rheinbahn, Schulen, Kreispolizeibehörde, Stadtelternrat und Stadt Meerbusch. Nur diese Zusammenarbeit aller Beteiligten garantiere diesen Erfolg, keiner der Beteiligten sei verzichtbar. Frau Baumann beantwortet anschließend Fragen aus dem Ausschuss und beschreibt die Vorreiterrolle der Stadt Meerbusch. Grundsätzlich gebe es dieses Projekt auch in anderen Städten wie zum Beispiel Hilden, Düsseldorf und Langenfeld, jedoch nur in der Stadt Meerbusch würden alle 3 Maßnahmen Busschule, Ohne Gewalt stark und Busbegleiter seit Jahren erfolgreich durchgeführt. Die sich anschließenden Fragen werden beantwortet.

### **3 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich** **Vorlage: FB2/0564/2017**

## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport empfehlen dem Rat der Stadt Meerbusch die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich gemäß der anliegenden II. Änderungssatzung zu beschließen.

**Abstimmungsergebnisse:****Jugendhilfeausschuss**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD		2	
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen			
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		1	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3	1	
<b>Gesamt:</b>	<b>9</b>	<b>4</b>	

**Ausschuss für Schule und Sport**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten			1
<b>Gesamt:</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	<b>1</b>

Vorsitzende Schoppe verweist eingangs auf den ergänzend zur Einladung vorgelegten Antrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN und schlägt vor, den Antrag gemeinsam mit der Verwaltungsvorlage zu TOP 3 zu beraten.

Ratsfrau Glasmacher gibt zu bedenken, dass der ergänzende Antrag aufgrund der Kurzfristigkeit in ihrer Fraktion noch nicht habe beraten werden können.

Ratsherr Eimer schließt sich dem Einwand an. Der Antrag sei erst am heutigen Sitzungstag abrufbar gewesen, so dass in der gestrigen Fraktionssitzung lediglich über die Verwaltungsvorlage beraten worden sei. Die SPD-Fraktion sehe sich außerstande, in dieser Sitzung eine Entscheidung zu treffen und beantrage daher aufgrund weiteren Beratungsbedarfs nochmalige Vertagung.

Ratsherr Peters äußert Verständnis, hält aber eine Entscheidung für dringlich. Erläuternd führt er aus, dass der Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf der von der FDP entwickelten Modellrechnung basiere, welche eine nachvollziehbar gerechtere Staffelung aufweise als die derzeitige Beitragstabelle. Unabhängig von den jeweiligen Einzelbeträgen sei dies doch gemeinsames Ziel. Auf dieser Grundlage ergäben sich insbesondere in den mittleren Einkommensgruppen Verschiebungen, die zu akzeptieren seien.

Beratendes Mitglied Weddeling-Wolff plädiert aus Sicht der Schulen für eine schnelle Entscheidung, da die Bescheide über die Platzvergabe im Offenen Ganztage baldmöglichst versandt werden müssten und darin üblicherweise auch die zu entrichtenden Beiträge aufgenommen würden.

Ratsherr Fliege unterstützt die Ausführungen von Rats Herrn Peters und verweist auf den interfraktionellen Arbeitskreis, in dem sich alle Fraktionen einvernehmlich für dieses Rechenmodell ausgesprochen hätten mit dem Ziel, den Haushaltsansatz 2017 zu erfüllen.

Erster Beigeordneter Maatz räumt zunächst ein, dass der nachgereichte Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN aufgrund eines versäumten Befehls im Ratsinformationssystem als Dokument nicht nach Mandatos übertragen worden sei. Dies sei leider erst heute aufgefallen und sofort korrigiert worden. Zustellfristen seien im Übrigen nicht tangiert, da der TOP bereits in früheren Sitzungen behandelt worden sei. Er gestehe daher zu, dass die Vorbereitung zur Beratung schwierig gewesen sei. Dennoch erlaube er sich folgende Anregung zugunsten einer heutigen Beschlussfassung. Auch wenn der Versand der Bescheide zur Platzvergabe im Offenen Ganztage auch vorbehaltlich des Satzungsbeschlusses möglich wäre, so sei doch das Signal an die Eltern, von der bisherigen Praxis der frühzeitigen Information auch zu den Gebühren abzuweichen, in seiner Wirkung nicht zu unterschätzen.

Über die Einhaltung folgender Rahmenbedingungen bestehe im Übrigen bereits seit November 2016 Konsens:

- Beibehaltung des Freibetrages
- Beibehaltung der Einkommensstufe zur Höchstbeitragsgrenze
- Einheitliche und nachvollziehbare Stundensätze über alle 8 Beitragsstufen
- Erreichen des Haushaltszieles 2017.

Zudem solle die bisherige Beitragssystematik anders dargestellt werden durch Entlastung der unteren und mittleren Einkommen bei Ausgleich in den höheren Stufen. All diese Kriterien würden sowohl vom Verwaltungsvorschlag als auch dem Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN erfüllt.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Focken bezüglich des noch bestehenden Vertagungsantrages der SPD-Fraktion erklärt Rats Herr Wartchow, dass sich die CDU-Fraktion aufgrund der gegebenen Dringlichkeit gegen eine weitere Vertagung ausspreche, zumal der Sachverhalt im Grundsatz klar sei.

Auch Rats Herr Peters spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen eine Vertagung aus.

Rats Herr Rettig erläutert, dass auch die FDP-Fraktion dem Vertagungsantrag entgegen der sonst üblichen Praxis aufgrund der gebotenen Dringlichkeit nicht folgen werde. Der Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterscheide sich vom offenbar nicht mehrheitsfähigen Antrag der FDP in einer geringeren Entlastung der niedrigen Einkommensgruppen und einer geringeren Belastung der höheren Einkommensgruppen. Ziel sei es jedoch, die Grundidee zu installieren und in den nächsten Jahren anzuwenden. Wenn sich also eine Mehrheit für den Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN finde, würde diesem auch die FDP zustimmen. Er appelliere daher an die SPD, im Sinne der richtigen Idee ebenfalls zuzustimmen.

Rats Herr Eimer hält eine Vertagung bis zur nächsten JHA-Sitzung am 08.03.2017 für vertretbar. Weiter beanstandet er, dass der im Kern sozial gerechtere FDP-Antrag in der aktuellen Diskussion keine Rolle mehr spiele. Die SPD-Fraktion habe im Übrigen vom eigenen Vorschlagsrecht im Hinblick auf die in ein bis zwei Jahren zu erwartende neue Landesregelung verzichtet.

Vor weiterer inhaltlicher Beratung wird somit zunächst über den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt und dieser mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnisse:**Jugendhilfeausschuss**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD	2		
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen			
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	1	3	
<b>Gesamt:</b>	<b>5</b>	<b>8</b>	

**Ausschuss für Schule und Sport**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>4</b>	<b>13</b>	

Ratsherr Wartchow erläutert sodann den Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der auf dem von der FDP entwickelten Modell basiere. Vorteil sei eine lineare, transparente und mathematisch auch in Zukunft ableitbare Beitragshöhe. Die in der ersten Beispielberechnung ermittelten Erhöhungen von teilweise bis zu 30% seien als überhöht angesehen worden. Aus dem hier vorliegenden Vorschlag ergebe sich eine für den einzelnen Beitragszahler begrenzte und vertretbare Erhöhung der Elternbeiträge.

Die Auswirkungen stellten sich wie folgt dar:

Kindertageseinrichtungen:	22 Beitragsfälle mit Belastung zw. 0,61% und 17,86%
	20 Beitragsfälle mit Entlastung zw. 0,43% und 28,95%
Offener Ganztag:	3 Beitragsfälle mit Belastung zw. 1,78% und 3,28%
	4 Beitragsfälle mit Entlastung zw. 0,64% und 12,84%
Kindertagespflege:	13 Beitragsfälle mit Belastung zw. 2% und 13%
	51 Beitragsfälle mit Entlastung zw. 1% und 40%

Letztlich sei auch in diesem Vorschlag das FDP-Modell umgesetzt, jedoch große Spitzenwerte bei der Systemumwandlung vermieden. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2017 errechne sich eine Mindereinnahme von ca. 38.000 €, ein Betrag der angesichts des ohnehin nur begrenzt planbaren Ansatzes und des Gesamtvolumens vertretbar erscheine. Er bitte daher um Zustimmung.

Anknüpfend an die vorhergehende Diskussion führt Ratsherr Eimer aus, dass sich die SPD grundsätzlich weiterhin für kostenlose Bildung von der Kindertageseinrichtung bis zum Studium einsetze. Sofern Beiträge erhoben würden, müssten diese sozial gerecht sein. Im Vergleich der Vorschläge von FDP sowie CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN ergäben sich im FDP-Vorschlag in den unteren vier Einkommensgruppen moderatere Beiträge, so dass in der geforderten Eile eher dem FDP-Vorschlag zu-



gestimmt werden könne. Um eine bessere Beitragsgerechtigkeit zu erreichen, wäre allerdings die Bildung von gleichmäßigeren Einkommensgruppen und zusätzlichen Gruppen über 97.000 € hinaus erforderlich.

Ratsherr Rettig äußert seine Zufriedenheit über den nun vorhandenen neuen Ansatz zur Erhebung sozial gerechterer Beiträge. Es sei gut, die Spitzenwerte anzugleichen, die Rechte jedes einzelnen Gebührenzahlers müssten Berücksichtigung finden. Die Vereinheitlichung der Frequenzen und die Bildung weiterer Einkommensgruppen entsprechend dem GPA-Vorschlag wären weitergehend zu diskutieren.

Sachkundiger Bürger Jeckel befindet beide Vorschläge für akzeptabel, hält jedoch den FDP-Vorschlag für sozial gerechter und damit unterstützenswert.

Sachkundige Bürgerin Kohn beanstandet zunächst, dass sie erst heute Informationen zum Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhalten habe. Im Sinne sozialer Gerechtigkeit sei es angemessen, höhere Einkommen stärker zu belasten, wofür sie auch eine Akzeptanz der Elternbeitragszahler sehe. Insgesamt sehe sie die Notwendigkeit, das Thema nochmals intensiv zu bearbeiten. Heute könne daher lediglich über den FDP-Antrag abgestimmt werden, über den Antrag von CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN müsse erst noch beraten werden.

Ratsfrau Glasmacher berichtet, dass im interfraktionellen Arbeitskreis Einigkeit bestanden habe, die einkommensstarken Eltern nicht über Gebühr zu belasten, um einen Wechsel zu privaten Betreuungsanbietern zu vermeiden. Im Übrigen dankt sie der FDP-Fraktion für die geleistete Ausarbeitung des neuen Beitragsmodells.

Ratsherr Wartchow erwidert zu den Ausführungen von sachkundiger Bürgerin Kohn, dass die Beitragsfreigrenze von 30.000. € im Kreisgebiet ihresgleichen suche; zudem sei das Modell vertikal und horizontal mathematisch berechenbar und somit transparent, nachvollziehbar und gerecht.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Focken zum vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung, der bisher in keiner Weise Inhalt der Diskussion gewesen sei, erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, die Beschlüsse des Rates vorzubereiten. Dies könne in schriftlicher Form oder im mündlichen Vortrag erfolgen. Bei darüberhinausgehenden Anträgen der Fraktionen obliege es den Ausschussvorsitzenden, die Verwaltung zur Erläuterung ihrer Vorlagen aufzufordern. Dies sei vorliegend nicht erfolgt.

Abschließend erklärt Ratsherr Rettig, dass der FDP-Antrag – eingebracht zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.09.2016 - aufrechterhalten werde. Da weitergehend, wird zunächst über diesen Antrag abgestimmt und dieser mehrheitlich abgelehnt.

**Abstimmungsergebnisse:****Jugendhilfeausschuss**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD	2		
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen			
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2	2	
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	

**Ausschuss für Schule und Sport**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	

Sodann erfolgt abschließend die mehrheitliche Zustimmung zum Antrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

**3.1 Antrag der Fraktionen CDU/Die Grünen zu TOP 3**

Beratung und Abstimmung erfolgen im Zusammenhang mit TOP 3.

**4 Anträge**

Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

**5 Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

## 6 Verschiedenes

Erster Beigeordneter Maatz berichtet von einer Zusammenkunft der Fachbereiche 1,2,3 und 5 sowie der Polizei des Rhein-Kreises Neuss mit dem Ziel, die Verkehrssituation an der Gemeinschaftsgrundschule Wienenweg in Osterath zu beruhigen. Als Ergebnis solle die Erschließung des Parkplatzes (Anm. des Schriftführers: Luftbild ist der Niederschrift beigefügt) nunmehr nur noch über den Winkler Weg und den Dr.-Hans-Lampenscherf-Platz erfolgen. Es werde zur Verhinderung von Befahrungen durch LKW eine Höhenbegrenzung auf 2,10 m eingebaut, große Fahrzeuge wie Klein-Busse können jedoch weiterhin durchfahren. Der Wienenweg werde hinter der Garage des Hausmeisters abgepollert, so dass hier keine zusätzliche Verkehrsbelastung in der Kornstraße bzw. dem Wienenweg entstehe. Die Maßnahme erfolge zunächst provisorisch und solle bei entsprechender Bewährung dann dauerhaft umgesetzt werden.

Auf die Frage von Ratsfrau Köser-Voitz, wie zukünftig LKW zum Aufbau des Schützenfestzeltes auf den Dr.-Hans-Lampenscherf-Platz fahren werden, antwortet der Erste Beigeordnete Maatz, dass die Höhenbegrenzung hierfür demontiert werden könne.

Herr Rütten fragt nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung der Sporthalle II des Städt. Meerbusch-Gymnasiums. Der Erste Beigeordnete Maatz erläutert kurz das Verfahren der Abwicklung mit der Bezirksregierung Düsseldorf und deren notwendige Zustimmung. Diese läge für die Sanierung der Sporthalle des Städt. Mataré-Gymnasiums bereits vor, eine Beteiligung des Landes sei zugesagt. Hier seien auch bereits entsprechende Ausschreibungen erfolgt und mit der Sanierung werde jetzt begonnen. Beim Städt. Meerbusch-Gymnasium sei das Verfahren mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst kurz vor dem Abschluss, daher sei die voraussichtliche Fertigstellung beim Städt. Mataré-Gymnasium im Sommer 2017 und beim Städt. Meerbusch-Gymnasium im Januar 2018 zu erwarten.

Ratsherr Peters fragt nach einer Antwort auf seine Frage im Ausschuss für Schule und Sport, ob es Erkenntnisse darüber gebe, dass das Granulat auf den Kunstrasenplätzen in Meerbusch belastend sein könnte. Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die dem Protokoll des Ausschusses für Schule und Sport vom 21.09.2016 beigefügte Antwort und sagt eine erneute Information in der jetzigen Niederschrift zu.

Anmerkung des Schriftführers: für die Verfüllung der Kunstrasenplätze in Meerbusch wurden EPDM (Ethylen-Propylen-Dien-Kautschuk) und neuerdings TPE (Thermoplastische Elastomere) Neugummigranulate verwendet. Eine Problematik in Bezug auf ein Ausspülen des Granulates und einem damit verbundenen Eintrag in die Kanalisation ist der Verwaltung nicht bekannt.

Meerbusch, den 13. Februar 2017

---

Renate Kox    Petra Schoppe  
Vorsitzende

---

Holger Wegmann    Angela Römmler-Graf  
Schriftführer/in